

Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion u. des Rgl. Hauptsteueramtes zu Banßen, sowie des Rgl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, **Mittwoch** und **Sonabend**, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „**Belehrunglichen Beilage**“ vierteljährlich 1 Mark 50 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen u. kostet die dreispaltige Corpuzelle 10 Pf. unter „Eingefandt“ 20 Pf. Geringster Inseratensatz 25 Pf.

Die Liste der bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Ergänzungswahlen stimmberechtigten und wählbaren Bürger hiesiger Stadt liegt vom 16. bis mit 30. dieses Monats in den geordneten Expeditionsstunden in hiesiger Rathsexpedition zur Einsicht aus und steht es jedem Betheiligten frei, bis zum 23. October d. J., Nachmittags 5 Uhr, Einspruch gegen dieselbe zu erheben.

Stadtrath Bischofswerda, den 13. October 1885.

Einj.

Freitag, den 16. October 1885, 3 Uhr Nachmittags,

Versteigerung eines Instruments (Flügels) im Amtsgerichtshofe hier.

Königliches Amtsgericht Bischofswerda, am 13. October 1885.

Appolt, Ger.-Vollz.

Politische Weltschau.

Dem deutschen Bundesrathe liegen zur Zeit mehrere Anträge auf Abänderung unseres Gerichtsverfahrens vor, gegen welches gerade in den letzten Tagen wieder recht ernste Bedenken laut geworden sind. Die in Berlin, Dresden und Chemnitz mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten zum Abschluß gelangten dreifachen Proceß dürften der Reichsregierung hinreichendes Material für jene Gesetzes-Abänderungen liefern, die jetzt in immer weiteren Kreisen gewünscht werden. Bei dem in Berlin Graef ist kein anderes Resultat erzielt worden, als daß ein berühmter Künstler in allen seinen menschlichen Fehlern und Schwächen aller Welt gezeigt, dessen geachtete Familie schonungslos bloßgestellt wurde, ohne daß die schließlich erfolgte Freisprechung dem moralischen Gefühle volle Befriedigung gewährt hätte. Daß das Urtheil der Geschworenen ein völlig gerechtes war und von der öffentlichen Meinung völlig gebilligt wurde, stellt dem bedauerlichen alten Künstler, der für die Idealgestalt seines „Märchens“ ein sittlich so tiefstehendes Weib wählte, dasselbe nicht nur mit Gold überhäufte, sondern in überschwänglichen Versen besang, kein Moralitätszeugniß aus. Ob aber der öffentlichen Moralität damit gedient worden ist, daß eine sensationslüsterne Menge von einem Theil der Presse wochenlang mit den Einzelheiten der Malerateliers, gewisser Doudoirs, mit der Verschmähtheit nichts nütziger und gewissenloser Väter und Mütter und mit der sinnlich-eitlen Ueberschwänglichkeit alternder Künstler auf das Pikanteste unterhalten worden ist, erscheint noch viel zweifelhafter. Die Gegner der Geschworenen-Gerichte könnten aus dem Ausgang dieses Meineidsprocesses Capital schlagen, wenn nicht das negative Resultat des Chemnitzer Socialistenprocesses bewiese, daß auch die berufsmäßigen Richter, vor denen dort die anklagende Behörde beweisfällig wurde, zu einem freisprechenden Urtheil gelangen mußten. Da schon die Beweisaufnahme in diesem Proceß nichts ergab, was zur Unterstützung der Anklage geeignet war, ist es unverständlich, warum die Anklage nicht fallen gelassen wurde. So wenig es das Vertrauen auf die Rechtspflege stärken kann, wenn sich nachträglich die Verurtheilung Unschuldiger herausstellt, so wenig können dazu sensationelle Proceße beitragen, die einen gewaltigen Aufwand an Arbeit, Zeit und Kosten erfordern, mit vollständigem Freispruch, also mit dem Ergebnisse enden, daß kein Grund zur Anklage vorlag. Der Zweck des Chemnitzer Proceßes, die trotz des Socialistengesetzes fortbestehende socialdemokratische Organisation zu brechen, ist nicht erreicht, und damit nur in bedauerlicher Weise der Beweis geführt worden, daß derselben ebensovienig durch den Strafrichter beizukommen ist, wie durch im Geheimen fortwirkende Agitation. Das freisprechende Erkenntniß in den zu Dresden

verhandelten Proceß Schanz ist ebenfalls durch die einschlagenden Verhältnisse zur Nothwendigkeit geworden, aber auch hier dürften, die an die Deffentlichkeit gelangten verwickelten finanziellen Transactionen auf das große Publikum kaum einen vortheilhaften Eindruck erzielt haben und der ganze Gang der Verhandlungen in den maßgebenden Kreisen die Ueberzeugung kräftigen, daß eine Reform des Gerichtsverfahrens eine zeitgemäße Forderung ist.

Dem deutschen Reichscanzler hat der leitende russische Staatsmann, v. Giers, in Friedrichsruhe einen zweiten Besuch abgestattet, woraus sich schließen läßt, daß in der jetzt weltbewegenden Orientfrage neue Momente hervorgetreten sind. Angeblich sollen die Kaiserreiche der Pforte den Rath erteilt haben, die Vereinigung von Nord- und Süd-Bulgarien anzuerkennen und ihre ganze Aufmerksamkeit auf Serbien und Griechenland zu richten. Demgemäß soll jetzt je ein türkisches Armeecorps an der griechischen, serbischen und bulgarischen Grenze aufgestellt, auch in Macedonien die Einführung der Reformen, welche in Berliner Verträge verheißen werden, angekündigt werden. Wenn die „Nord. Allg. Ztg.“ wirklich die Ansichten des Reichscanzlers treu wiedergibt, sieht derselbe in dem für die Monarchisten so überraschend günstigen Ausfall der französischen Wahlen noch keine Gefahr für die dortige republikanische Regierungsform, sondern eher den Anstoß zu einem Ausgleich zwischen den Opportunisten und Radikalen. Nicht minder beschäftigt man sich in Friedrichsruhe mit der bevorstehenden Ernennung eines Regenten für das verwaiste Herzogthum Braunschweig und mit den Vorbereitungen zu den preussischen Landtagswahlen. In Bezug auf die Erstere, welche am 19. d. M. erfolgen soll, ist zu bemerken, daß die Candidatur des Prinzen Reuß nicht mehr in Frage steht und Prinz Albrecht von Preußen die meiste Aussicht haben dürfte, an Stelle des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zu herrschen. Die schroffe Haltung, welche die Conservativen in Hannover bei der Agitation für die preussischen Landtagswahlen den National-liberalen gegenüber einnehmen, wird vielfach nur als die letzte verzweifelte Anstrengung angesehen, den voraussetzlichen und unvermeidlichen Bruch der „Kreuzzeitungsleute“ mit der preussischen Regierung aufzuhalten oder aber sich für den Fall desselben als Macht zu zeigen.

Auch in Oesterreich fühlt das Ministerium das Bedürfnis einer regierungsfreundlichen Mittelpartei und begrüßt deshalb den neuen deutsch-österreichischen Club und dessen gemäßigt-liberales Programm auffallend freundlich. Die officiösen Commentare, mit welchen die Thronrede begleitet worden, lassen keinen Zweifel darüber zu, daß die österreichische Regierung kein Ministerium der Rechten sein will und mehr und mehr der geschichtlichen Ansprüche überdrüssig wird. Eine Klärung dieser Verhältnisse steht jetzt um so mehr zu erwarten, als sowohl von dem Czaren als auch von dem Kaiser

in den Abgeordnetenhaus Interpellationen über die künftige Haltung der Regierung gegenüber den nationalen Kämpfen in Böhmen eingebracht worden sind. Eine ebenso schwierige Stellung nimmt die ungarische Regierung den Kroaten gegenüber ein, die ebenso gut wie die Tschechen Rechte beanspruchen, welche mit der Staats Einheit im Widerspruch stehen. Daß dieselben gerade jetzt durch die Wegführung der croatischen Kameralacten nach Pest und durch eine im Landtag zu Agram von dem Banus Grafen Khuen versuchte unglückselige Rechtfertigung dieser Maßregel auf's Aeußerste gereizt wurden, dürfte nachträglich bedauert werden. Die Opposition des croatischen Landtags beantragt nun, in einer Adresse an die Krone die Enthebung des Banus zu verlangen, da durch die freilich von ihr selbst provozirten scandälosen Vorgänge im Landtage dessen und des Hauses Würde so tief verletzt worden sei, daß derselbe nicht mehr an der Spitze der Regierung bleiben könne. Gerade jetzt muß die ungarische Regierung Unruhen in Croatien möglichst vermeiden, weil dadurch die bereits in Waffen stehenden Serben in gefährlicher Weise ermutigt werden könnten. Angeblich soll neuerdings die österreichisch-ungarische Regierung sich geneigt gezeigt haben, einer Vereinigung Aserbiens und Macedoniens mit Serbien unter der Bedingung zuzustimmen, daß Serbien mit Oesterreich-Ungarn eine Handels- und Militärconvention abschließt.

Das italienische Portefeuille des Auswärtigen ist an den Grafen Robilant, den bisherigen Vertreter am österreichischen Hofe und Gemahl der österreichischen Prinzessin Clary übergegangen, was in Wien sehr angenehm berührte. Trotzdem Graf Robilant in der Schlacht bei Novara am 23. März 1849 die linke Hand verlor und sich in verschiedenen Feldzügen auszeichnete, hat sich derselbe seit dem Jahre 1870 auf seinem Botschafterposten in Wien als ein nützlicher Beförderer der guten Beziehungen Italiens zu Oesterreich und Deutschland erwiesen.

Trotzdem das genaue Ergebnis der Wahlen in Frankreich noch nicht ziffermäßig feststeht, ist an der Niederlage der Republikaner nicht zu zweifeln. Das Ministerium muß mit der Möglichkeit rechnen, nach Beendigung der Stichwahlen 230-240 Monarchisten (Royalisten und Bonapartisten) in der Kammer zu sehen. Selbst dieser verblüffende Mißerfolg vermochte bis jetzt die Republikaner nicht zu einigen. Die Gemäßigten unter denselben sehen in der Annäherung des Ministeriums Brisson und der Opportunisten an die Radikalen den Hauptgrund der Niederlage. Bis auf verschiedene Straßentravalle vor der allzu siegesfrohen Redaction des Pariser „Gaulois“ sind die französischen Wahlen in großer Ordnung vor sich gegangen. Es scheint, daß nur vier Minister Mandate erlangten und die übrigen durchgefallen sind, doch hat deshalb auch kein Mitglied des Cabinets seine Entlassung eingereicht. Es verläßt, daß